

Projektmeldung | Afghanistan | Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten

## Distriktentwicklungsfonds I und II

Finanzierung von Basisinfrastruktur in ausgewählten Distrikten Nordafghanistans

### Finanzierungsbewilligung

15.12.2017

<b>Land:</b>	Afghanistan
<b>Finanzierung:</b>	KfW Entwicklungsbank
<b>Referenznummer:</b>	201667641; 201767169
<b>Kategorie:</b>	Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten
<b>Träger:</b>	Ministry of Rural Rehabilitation and Development (MRRD)

Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) unterstützt die Bundesrepublik Deutschland ein Programm zur Entwicklung der Infrastruktur in ausgewählten Distrikten Nordafghanistans. Das Vorhaben zielt darauf ab, die Lebensbedingungen in der Programmregion durch die Bereitstellung von Basisinfrastruktur und die Förderung der lokalen Governance-Strukturen zu verbessern. Gleichzeitig soll es einen Beitrag dazu leisten, die Legitimität des Staates und seiner Repräsentanz auf Distriktebene zu stärken.

### Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

### **Mehr zu:**

Afghanistan

Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Regionalstruktur / Konjunktur / Fortbildung, Schulung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Privatisierungsvorhaben / Bau, übergreifend / Baustoffe, Glas, Keramik / Straßenverkehr / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Wasserversorgung, Bewässerung / Entwicklungszusammenarbeit / Stadtentwicklung, Ländliche Entwicklung / Gesundheitswesen, übergreifend / Transport und Logistik, übergreifend  
Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.